

JOS MARTENS

SIMBABWE:

WENN DIE WAHLEN NUN NICHT GEFÄLSCHT WÄREN?

Seit die ersten Ergebnisse der Wahlen vom 31. Juli 2013 in Simbabwe veröffentlicht wurden, wird darüber debattiert, ob diese frei, fair und glaubhaft waren. Vor allem wird darüber gestritten, ob die Wählerlisten manipuliert wurden. Das Abstimmungsverhalten der Simbawwer an sich spielt dagegen kaum eine Rolle. Die Frage zum Beispiel, wieso – von den Fälschungen einmal abgesehen – sich so viele für den 89 Jahre alten Mugabe und die ZANU entschieden haben.

Einige Tage nach der Wahl sprach ich mit einer Frau, die im Osten Simbawwes mit Hingabe ein Stück Gemeindeland bearbeitet. Wie viele andere ist sie ZANU-Mitglied, unterstützt aber die MDC. Dass ZANU einen solchen Erdrutschsieg einfuhr, hat sie wie viele andere Menschen in ihrem Dorf überrascht: „So viele von uns haben gesagt, wir wollen Veränderung, wir wollen Veränderung“, erklärte sie und bezog sich dabei auf einen Wahlslogan der MDC. Auf die Frage, warum die Leute die MDC unterstützt haben, antwortete sie: „Die Menschen hassen Mugabe wirklich. Wir wissen alle, dass der MDC-Führer Tsvangirai (seit 2009 Ministerpräsident) ein Freund der Amerikaner ist, die uns helfen können. Mugabe hält es mit den Chinesen, und die sind sehr brutal. Sie haben die zuvor geschlossenen Fabriken nicht wiedereröffnet. Wir möchten auch die Briten gern zurückhaben, nicht als unsere Herren, sondern als Menschen, die hart arbeiten. Viele Leute, die ein Stück Land bekommen haben, bearbeiten es nicht. Was soll man da machen, wenn man selber nur eine Hacke hat? Die Briten könnten helfen. Vielleicht machen sie wieder Fabriken auf. Wir wollen, dass unsere Kinder Arbeit finden. Früher war das Leben auch hart, aber es war billiger. Ich habe mich nicht gefürchtet zu wählen, wie ich wollte. In der Wahlkabine bin ich allein, warum sollte ich mich fürchten?“

Natürlich ist eine Einzelperson nicht repräsentativ für die ganze Bevölkerung. Die besagte Frau lebt zum Beispiel in einem Dorf, wo es bei den Wahlen von 2008 nicht viel Gewalt gab. Regen fällt dort genug, die Bauern benutzen Kunstdünger und Saatgut vom Markt, wenn sie es bekommen. Viele erhalten auch Überweisungen von ihren Kindern, die im Ausland arbeiten, zumeist in Südafrika, aber auch in Großbritannien.

Trotzdem zeigt schon dieses kurze Gespräch, dass sich die Menschen bei ihrer Wahlentscheidung vor allem von einem leiten lassen: Sie wollen ein besseres Leben – ein höheres Einkommen, niedrigere Preise, Arbeit, Dienstleistungen und Sicherheit...

WARUM HAT DIE MDC AN POPULARITÄT VERLOREN?

Diesen ungeheuren Sieg Mugabes und der ZANU hat niemand erwartet. Aber fast jeder, mit dem ich im vergangenen Jahr gesprochen habe, hatte Zweifel, ob sein Rivale Tsvangirai es bei den kommenden Wahlen schaffen könnte. Sie meinten, seiner MDC seien in den vergangenen fünf Jahren zu viele Fehler unterlaufen, während Mugabe und die ZANU unermüdlich daran gearbeitet hätten, verlorenen Boden gutzumachen.

Die Wahlen von 2008 waren ein massiver Protest gegen den totalen Zusammenbruch der Wirtschaft unter dem Regime der ZANU-PF. Dieser konnte nicht einmal mit der massiven Gewalt unterdrückt werden, die die Partei entfesselte. Mugabe stand mit dem Rücken zur Wand und rettete sich nur, indem er zu dem Strohalm der GNU (Regierung der Nationalen Einheit) griff. Aber 2012, vier Jahre später, veröffentlichte das *Freedom House* in Washington, nicht gerade ein Freund von ZANU, die Ergebnisse einer Umfrage. In dem Papier findet sich folgender Satz: „Unter den Teilnehmern, die bereit waren, ihre politischen Sympathien mitzuteilen, war das Vertrauen zur MDC-T von 66 Prozent auf 39 Prozent gesunken, während das zur ZANU-PF von 36 Prozent auf 52 Prozent gestiegen war.“

Auf welche Faktoren ist dieser Umschwung zurückzuführen? Was waren die Hauptereignisse, die so viele Bürger Simbawwes in den vergangenen fünf Jahren bewogen haben, sich umzuorientieren?

MDC-ABGEORDNETE BEREICHERN SICH...

Kaum waren sie in den weichen Parlamentsesseln versunken und hatten die ersten Diäten erhalten, da vergaßen viele MDC-Politiker ganz schnell, wer sie aus welchem Grunde gewählt hatte, taten nichts Ernsthaftes, um etwas zu verändern, sondern genossen es, jetzt selbst ein Stück vom Kuchen zu bekommen. Zwar hieß es in einem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), dass „65 Prozent der gegenwärtigen Parlamentarier Simbawwes eine intensive Unterweisung in Gesetzgebungs- und Haushaltsfragen benötigen, denn sie sind nicht kompetent genug, ihre Aufgaben zu erfüllen“. Dagegen erwiesen sie sich als überaus fähig, ihren Privatinteressen nachzugehen. Unter anderem forderten und erhielten die Abgeordneten ein monatliches Grundgehalt von 1400 US-Dollar, die Übernahme des Kredits von 30 000 US-Dollar für den persönlichen Wagen und eine einmalige Sitzungsprämie von 15 000 US-Dollar. Im Mai 2012 verlangten die Parlamentarier Wohnsitze zu subventionierten Preisen in „anständigen Gegenden“, womit sie endgültig demonstrierten, wie weit sie sich von ihren Wählern entfernt hatten. Ein Hauptstreitpunkt in den Parlamentsdebatten dieses Jahres über die neue Verfassung war die Höhe des Tagegeldes, das die Abgeordneten während dieser Sitzungszeit erhalten sollten. Natürlich verhielten sich die ZANU-Mandatsträger ähnlich, aber hatte nicht die MDC versprochen, mit derartigen Praktiken Schluss zu machen?

...WÄHREND DIE WÄHLER UNTER DER SPARPOLITIK LEIDEN...

Nach der ersten Erleichterung über die Einführung des US-Dollars im Juni 2009, wodurch Simbawwes Hyperinflation über Nacht abflaute,¹ kam die Wirtschaft kaum auf die Beine und wuchs nicht so schnell wie erwartet.² Auch später wurde es nur wenig besser. Während Finanzminister Tendai Biti von der MDC bei der Aufklärung des Diamantenskandals von Chiadzwa (illegale Übertragung der Abbaurechte in diesem Gebiet durch das Bergbauministerium an zwei Unternehmen – d. Ü.) kaum Fortschritte vorweisen konnte, empfing er humanitäre Hilfe in Höhe von einer Milliarde US-Dollar und im Jahre 2009 weitere 500 Millionen US-Dollar aus den Sonderziehungsrechten des IWF. Daraufhin strich er den Haushalt um die Hälfte zusammen und hob die Preiskontrollen auf. Ab Februar 2009 zahlte das Finanzministerium den Staatsangestellten, unabhängig von ihrem Rang, nur noch „Gehälter“ in Gutscheinen zu je 100 Dollar aus. Da dies sehr wenig war, drohten die Lehrer zu Beginn des Schuljahres im Mai 2009 mit Streik. Im Juli 2009 kündigte der Finanzminister daraufhin an, den Gehaltsfonds um 20 Prozent aufzustocken, wovon ein Teil benutzt wurde, um eine Skala von Gehaltsstufen von 150-250 Dollar im Monat einzuführen. Aber 2010 und 2012 for Biti die Gehälter der Staatsangestellten erneut ein, während er in anderen Jahren vor Gehaltsforderungen kapituliert hatte, wenn auch nur im Falle von angedrohten oder durchgeführten Streiks. Gegenüber den zügellosen Wünschen der Parlamentarier gab er sich dagegen ganz anders. Tsvangirai billigte diese Maßnahmen nicht alle und legte sich zuweilen auch mit Biti an, aber in den Augen der Öffentlichkeit war es „sein“ MDC-Minister, der für die anhaltenden Konflikte mit seinen Angestellten die Verantwortung trug.

Mugabe nutzte den Streit und unterstützte in Einzelfällen Forderungen nach Gehaltserhöhungen. 2013 bezog die Mehrzahl der Staatsangestellten ein Monatsgehalt von 250-300 US-Dollar. Laut dem Verbraucherrat von Simbabwe benötigt eine sechsköpfige Familie für ein normales Leben jedoch etwa 570 US-Dollar. Auch die Arbeitslosigkeit verharrte in schwindelnder Höhe. 2011 standen lediglich 31 Prozent der arbeitsfähigen Männer und 14 Prozent der Frauen in einem bezahlten Arbeitsverhältnis.³ So bleibt Millionen von Simbawwern nur der inoffizielle Wirtschaftssektor, der seit dem Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes förmlich explodiert ist. Während viele dabei kaum überleben konnten, ging es anderen, zum Beispiel Grenzhändlern, Besitzern kleiner Geschäfte, Kleinunternehmern bei der Verarbeitung von Landwirtschaftsprodukten und Handwerkern ein wenig besser. Die von Mugabe 2005 gestartete Operation *Murambatsvina* hatte viele inoffiziell Tätige in den Städten ihres Lebensunterhalts beraubt und einen großen Teil gezwungen, in der dörflichen Landwirtschaft Zuflucht zu suchen.⁴

Auch die Kleinbauern hatten wenig Grund, sich über die MDC zu freuen. Das halbstaatliche Getreidehandelsamt (GMB), unter Joseph Made von der ZANU versäumte es Jahr um Jahr, den Bauern rechtzeitig den gelieferten Mais zu bezahlen und schob das auf verspätete Überweisung der Gelder durch den Finanzminister von der MDC. Dabei galten die von dem durch das Finanzministerium finanzierten GMD festgesetzten Maispreise ohnehin als unangemessen. Dadurch waren die Bauern gezwungen, das GMB zu umgehen und ihr Getreide an private Händler zu verkaufen, die bar zahlten, aber die Preise noch weiter drückten.⁵ Damit fielen sie allerdings aus dem Hilfsprogramm des GMB heraus.

Inzwischen startete Mugabe parallel dazu seinen eigenen Agrarförderungsplan des Präsidenten. 2011 gab die Vereinigung der Gemeinde-, Wiedereinrichter- und Kleinbauern ZFU eine Erklärung heraus, in der es hieß, dass 560 000 Familien durch den Plan des Präsidenten geholfen worden sei, was weit über dem GMB-Programm lag. „Nach unserer Einschätzung haben nur wenige Familien vom Programm des GMB profitiert. Der Plan des Präsidenten dagegen war erfolgreich, und die guten Ernten sind seinem rechtzeitigen Eingreifen zuzuschreiben“. Soweit Paul Zakariah, Geschäftsführer des ZFU. Natürlich sollten wir nicht übersehen, dass das ZFU als Sprachrohr der ZANU-PF angesehen werden kann, aber immerhin...

...UND DIE VON DER MDC REGIERTEN STADTVERWALTUNGEN AUFGRUND VON KORRUPTION UND INKOMPETENZ NICHT FUNKTIONSTÜCHTIG SIND

Während die MDC bei Arbeitern und Kleinbauern rasch an Glaubwürdigkeit einbüßte, verärgerte sie zunehmend auch viele ihrer Anhänger in Städten wie Harare, Chitungwiza, Bindura und anderen, wo sie bei den Wahlen von 2008 massive Siege errungen hatte und die Verwaltungen kontrollierte.

Im März 2009 forderte *Transparency International Zimbabwe* dringend eine gerichtliche Untersuchung der ausufernden Korruption unter hohen Beamten der Stadt Harare. Zwar wurden ein paar halbherzige Maßnahmen eingeleitet, um das Problem anzugehen (so beschloss der Stadtrat von Harare im Juni 2009, illegale Viehverkäufe und andere Geschäfte in seinen Farmen untersuchen zu lassen), aber die neuen Parlamentarier erwiesen sich als unfähig, die Beamten zu zügeln, und die Korruption blühte weiter. Erst im November 2012 wurde auf Anordnung des Ministers für Lokalverwaltung Chombo von der ZANU-PF eine interne Untersuchung der Zustände in Angriff genommen.

Die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, die bereits unter der ZANU-PF im Argen lagen (erinnert sei an die Choleraepidemie von 2008 und 2009) verschlechterten sich weiter, was im Januar 2012 in Harare zu einem Ausbruch von Typhus führte. Zugleich erhielten Einwohner der Stadt stark überhöhte Rechnungen für Dienste, die häufig gar nicht geleistet worden waren. Ihnen wurde mit Zwangsräumung gedroht, was zu Demonstrationen führte. Im November 2012 ging beim Oberbürgermeister und dem Minister eine Petition ein, in der gefordert wurde, die Schulden der Einwohner zu streichen.⁶ Auch in anderen von der MDC regierten Städten wie Chitungwiza und Bindura kam es zu Bestechung und ausbleibenden Dienstleistungen.

2013 forderte der Vereinigte Verband der Grundbesitzer von Harare von der MDC, dass die Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen danach ausgewählt werden sollten, ob sie kompetent und nicht in Korruptionsfälle verwickelt seien. Zwar beherzigte die MDC derartige Appelle, so entließ Tsvangirai zum Beispiel die kompletten Verwaltungen von Chitungwiza und zwölf anderen von Korruption geplagten Städten und prüfte für die Vorwahlen in der MDC aufgestellte Kandidaten, aber der Schaden war nicht mehr rückgängig zu machen.

IM GEGENSATZ DAZU STARTETE DIE ZANU EINE POPULISTISCHE UND NATIONALISTISCHE CHARMEOFFENSIVE

Natürlich waren auch die Politiker der ZANU-PF nicht über Nacht zu Engeln geworden, ganz im Gegenteil. Aber während die MDC zunehmend an inneren Machtkämpfen litt, zeigte sich die ZANU immer einiger und geschlossener. Ihr gelang es, anders als die MDC, ihre Probleme unter der Decke zu halten, wobei ihr die absolute Kontrolle der Medien half.⁷ Dadurch konnte sie ihre nationalistische Agenda vorantreiben und den Massen von echten oder erfundenen Erfolgen berichten.

Der ZANU behielt nicht nur, die Medien und die Sicherheitskräfte fest in der Hand, sondern sie kontrollierte über die Ministerien für Boden und Wiederansiedlung auf dem Lande, über das Landwirtschafts- und das Bergbauministerium auch die Naturressourcen in Landwirtschaft und Bergbau.

BERGBAU

Der Diamantenskandal von Chiadzwa beschädigte das Ansehen Mugabes und der ZANU. Angesichts des enormen (illegalen) Profits aus den Diamanten und des lokalen Charakters des Konfliktes schien es ihnen die Sache aber wert zu sein. In scharfem Kontrast zu seinem Vorgehen in Chiadzwa begann das von der ZANU-PF geführte Bergbauministerium, das 2008 zunächst gegen illegales Schürfen vorgegangen war,

nun den Kleinbergbau überall im Lande zu legalisieren und zu unterstützen. Damit gewann die Partei offenbar beträchtliche Zustimmung unter den betroffenen Bergarbeitern. Folgerichtig nannte der Kleinbergbauerrat Simbabwe (ZASMC), der 25 000 registrierte Kleinbergarbeiter (von insgesamt geschätzten 1,5 Millionen) vertritt, den Wahlsieg der ZANU eine willkommene Entwicklung bei den Bemühungen um die Wiederbelebung der Wirtschaft des Landes.

Zugleich wuchs der offizielle Bergbausektor rapide an. Während auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise in Simbabwe dort nur etwa 3000 Arbeiter beschäftigt waren, stieg diese Zahl bis 2013 auf etwa 43 000 an.⁸ Zahlreiche begehrte Arbeitsplätze waren geschaffen worden.

Im Januar 2010 startete der Minister für Jugendentwicklung, Indigenisierung und Förderung Saviour Kasukuwere (ZANU-PF) die Indigenisierungskampagne. Er veröffentlichte Bestimmungen, wonach Unternehmen, die in Simbabwe tätig werden wollten, bis zum 15. April 2010 spezifische Informationen, darunter einen Plan zur Durchführung der Indigenisierung, vorzulegen hatten. Nach längeren Auseinandersetzungen ging im Januar 2013 Impala Platinum (Implats), der weltweit zweitgrößte Produzent von Platin, auf die Forderung der Regierung ein und überließ 51 Prozent seiner Betriebsanteile schwarzen Simbabwe. Nach dem Gesetz zur Indigenisierung und Wirtschaftsförderung von 2007 müssen „Unternehmen, die bei der Ausbeutung von Naturreichtümern, einschließlich Mineralien, tätig werden wollen, Trusts oder Pläne zur Gemeinschaftsbeteiligung annehmen“, „welche zehn Prozent ihrer Anteile für Gemeinschaftsbeteiligung vorsehen“. Das Gesetz schrieb weiterhin 28 Prozent der Anteile für Arbeitnehmer, davon maximal fünf Prozent für Leitungspersonal vor.

Wenn auch der Löwenanteil dieser Anteile möglicherweise wiederum der schwarzen Elite zufällt, so kann die Reservierung von Unternehmensanteilen für Arbeitnehmer und Gemeinschaften bei vielen Arbeitern und Landbewohnern die Hoffnung geweckt haben, zumindest ein kleines Stück von der Beute zu ergattern. Dagegen erklärte der ehemalige Stabschef im Büro von Ministerpräsident Morgan Tsvangirai, Crispin Mbanga, im Wahlkampf im Juli 2013 eindeutig, wenn die MDC-T gewählt werde, wolle sie Maßnahmen wie die Indigenisierung wieder rückgängig machen.⁹

DAS PROGRAMM FÜR EINE BODENREFORM IM SCHNELLVERFAHREN

Auch bei der Landverteilung, die sich in den ersten zwanzig Jahren nach der Unabhängigkeit nur zögernd hinschleppte, zeigten sich ähnliche nationalistische und auf die Förderung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gerichtete Tendenzen. Während viele Aspekte der Bodenreform im Schnellverfahren (die Gewalt, die Verteilung der Filetstücke an die mit der ZANU verbundene Elite usw.) zu Recht, wenn auch einseitig kritisiert wurden, zeigen jüngste Zahlen, dass nicht nur die Elite davon profitiert hat, sondern auch etwa 200 000 landlose Bauern erstmals Boden erhielten. Wenn sie bisher auch nur wenig Unterstützung erfahren haben, kann man sich vorstellen, dass sie nicht gewillt wären, ihren fruchtbareren Boden an die ehemaligen Besitzer zurückzugeben. Im Jahre 2011 registrierte der Tabakverband von Simbabwe 67 000 Tabakpflanzler, die auf Land, das ehemals Weißen gehörte, angesiedelt wurden. Nach Daten der FAO verdoppelte sich nach der Einführung des US-Dollars die mit Tabak bepflanzte Fläche von 52 000 Hektar 2003 auf über 100 000 Hektar 2009. Mit anderen Worten, das Leben dieser Neuansiedler hat sich beträchtlich verbessert.

In den Jahren 2001/2 wurden in Simbabwe etwa 250 000 - 300 000 kleine Baumwollbauern – zumeist im Nordwesten und Norden des Landes – geschätzt. Die Kleinproduktion von Baumwolle war seit den 1980er Jahren, in der Liberalisierungszeit der 1990er Jahre und im Rahmen der Bodenreform mit all ihren Problemen kontinuierlich gewachsen. Zwar haben die Baumwollbauern mit einer Reihe von Problemen, darunter den niedrigen Preisen, zu kämpfen, trotzdem beabsichtigen zahlreiche neuangesiedelte Bauern, ihr Leben durch den Baumwollanbau zu verbessern. Es kann daher nicht überraschen, dass der Bauernverband von Simbabwe (ZFU), der nach eigenen Angaben eine Million Landloser, Neuangesiedelter und Kleinbauern vertritt, dazu der Verband kommerzieller Landwirte Simbawwes (ZCFU), dem zumeist schwarze Großlandwirte angehören, den Sieg der ZANU Anfang August mit der Erklärung begrüßt haben, er sichere die Kontinuität und Aufrechterhaltung volksnaher Programme und einer entsprechenden Politik. Obwohl die MDC 2006 offiziell erklärt hatte, die Bodenreform nicht rückgängig machen zu wollen¹⁰, gelang es ihr nicht, die Kleinbauern Simbawwes davon zu überzeugen. Immer wieder musste Tsvangirai während des jüngsten Wahlkampfes seine Zuhörer auf dem Lande in dieser Hinsicht zu beruhigen suchen.

Natürlich war nicht die gesamte Leistung der MDC so miserabel. Einiges ist durchaus anzuerkennen, insbesondere die Arbeit der Ministerien für Gesundheit (unter dem MDC-T-Minister Henry Madzorera) und Bildung (unter Führung von David Coltart von der abgespaltenen MDC-M). Insgesamt scheint es der ZANU jedoch gelungen zu sein, die (geringen) Fortschritte, die von der Regierung der Nationalen Einheit erreicht wurden, sich selbst zuzuschreiben und die weiter bestehenden Mängel auf die MDC abzuwälzen.

WIE HÄTTEN SIE GESTIMMT?

Wenn wir zu unserer Ausgangsfrage zurückkehren, dann bleibt nach wie vor offen, ob die MDC die Wahlen von 2013 gewonnen hätte, wenn es nicht zu Wahlfälschung gekommen wäre. Wie hätten Sie gestimmt, wenn Sie der Dorfbewohner wären, der ein fruchtbares Stück Land erhalten hat, wenn Sie eine Genehmigung für Kleinbergbau erhalten hätten, wenn Sie zuvor ein arbeitsloser Landarbeiter gewesen wären und Ihr kleines Geschäft langsam auf die Beine käme? Wem hätten Sie es angelastet, wenn Sie in der Kampagne zur Säuberung der Städte von 2008 Ihren Lebensunterhalt verloren, wenn Sie auf einer Tabakauktion gerade 1500 Dollar verdient hätten, wenn Sie mit korrupten MDC-Beamten um ein Grundstück für Ihr Haus hätten streiten müssen oder in einem Bergwerk arbeiteten und hofften, einen kleinen Anteil daran zu erhalten, wenn...?

Selbst wenn es keinen positiven Grund für Sie gäbe, die ZANU zu wählen, könnten Sie es trotzdem tun, weil Sie sonst eine neue Welle der Gewalt gegen MDC-Wähler wie 2005 und 2008 befürchteten.

Viele MDC-Anhänger müssen sich auch gefragt haben, ob es all den Schmerz und Ärger wert sei, eine MDC weiter zu unterstützen, die nach fünf Jahren kaum mehr vorzuweisen hat als Politiker, die sich ganz offensichtlich nur um ihr eigenes Wohlergehen kümmern. Wenn man all das bedenkt, bleibt es eine offene Frage, ob die MDC tatsächlich gewonnen hätte, wenn es ohne Wahlfälschung abgegangen wäre.

UM DOPPELT SICHERZUGEHEN

Die Diskussionen nach diesen Wahlen haben sich vor allem auf die Registrierung der Wähler sowie die Fälschung und späte Veröffentlichung der Wählerlisten konzentriert. Dabei ging die ZANU schon unmittelbar nach dem Desaster bei den Wahlen von 2008 daran, doppelt abzusichern, dass „so etwas nie, nie wieder passiert“. Die erste Etappe war der neue Zuschnitt der Wahlkreise. Gegen Ende 2009 gerieten MDC und ZANU darüber in Streit, dass die Wahlkommission von Simbabwe die Wahlkreise neu zuschnitt, um ihre Zahl von 120 auf 210 zu erhöhen. Die MDC behauptete, sie sei übers Ohr gehauen worden, da in ihren traditionellen Hochburgen nur 28 Wahlkreise hinzugekommen seien, während auf die drei ländlich geprägten Provinzen von Mashonaland, dem Kernland der ZANU, 62 entfallen seien. Außerdem erregte sich die MDC über die Registrierung von 800 000 neuen Wählern, zumeist im fortgeschrittenen Alter. Die Jüngeren sollten anschließend registriert werden. Im Juli 2013 meldete der britische *Telegraph* jedoch, dass nach seinen Informationen lediglich ein Viertel der Berechtigten zwischen 18 und 25 Jahren, die man in der Mehrzahl für Anhänger von Tsvangirai hielt, registriert worden seien.

Wenn man hinzunimmt, dass etwa zwei Millionen Wähler (fast ein Viertel aller Wahlberechtigten!), die außerhalb Simbawes leben, ausgeschlossen blieben und Armee- sowie Polizeispitzen offen damit drohten, sie würden Tsvangirai als Präsidenten nie akzeptieren, dann wird klar, dass der Rahmen für diese Wahlen viel früher gesetzt war. Allerdings zeigte sich im Wahljahr, dass die MDC viel zu wenig zu spät unternommen hatte, um daran etwas zu ändern.

Der ZANU kann nur vorgeworfen werden, dass sie in ihrem Bestreben sicherzustellen, dass „so etwas nie, nie wieder passiert“, übertrieben hat, denn ein so gewaltiger Sieg wie der von 2013 ist einfach nicht glaubhaft.

Als zu all den bereits erwähnten Machenschaften auch noch offenbar wurde, dass ungeprüfte (und wahrscheinlich gefälschte) Wählerlisten zum Einsatz kommen sollten, verwundert es schon, dass die MDC-Führung trotz allem einmütig beschloss, an der Wahl teilzunehmen. Erst zwei Wochen vor dem Urnengang wurde Tsvangirai im britischen *Telegraph* mit den Worten zitiert: „Obwohl relative Ruhe herrscht, ist die Organisation der Wahl so chaotisch, dass ich eine Katastrophe kommen sehe.“

QUO VADIS, SIMBABWE?

Die unmittelbare Gefahr besteht jetzt darin, dass wegen des überwältigenden Sieges Arroganz und Rachegelüste in der ZANU die Oberhand gewinnen und sie entscheiden könnte, ein für allemal mit der Opposition abzurechnen. Immerhin hat Mugabe bereits mehrfach bewiesen, dass er weder vergibt noch vergisst. Zwar hätte es durchaus einen Sinn, die Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika (SADC) und die Afrikanische Union (AU) für ihre Unterstützung zu „belohnen“ sowie Großbritannien und die USA durch eine Friedensgeste zu beschwichtigen und der MDC in einer neuen Regierung der Nationalen Einheit einen unbedeutenden Posten anzubieten. Es gibt jedoch kaum eine Chance, dass die ZANU das tun wird. Höchstwahrscheinlich wird sie die MDC in die Opposition schicken.

Die einfachen Simbabwer kommen nun leider vom Regen in die Traufe. Sie haben „gewählt“, um die Ausbeutung durch eine von Egoismus und ausländischem Einfluss getriebene MDC-Elite an den Pranger zu stellen. Nun werden sie von einer rachsüchtigen, skrupellosen ZANU-Diktatur weiter manipuliert werden, die bei nationalistischer und pseudo-progressiver Rhetorik sich selbst und ihre Helfershelfer weiter bereichern wird.

Vor den Simbabwern liegt also noch ein langer Weg zu Freiheit und Wohlstand für die Massen. Daraus ergeben sich zwei Fragen nach Inhalt und Strategie. Wie soll ein künftiges Simbabwe aussehen? Wie und mit wem kann ein solches Ziel angegangen werden?

Zu beiden Fragen bestehen zahlreiche Ideen und Meinungen.

Einige finden sich natürlich in den Wahlprogrammen der verschiedenen politischen Parteien. Zweifellos haben sich NGOs, von Menschenrechtsorganisationen bis hin zu Wirtschaftsverbänden, auch bereits über Nachwahl-Szenarien Gedanken gemacht. Eine der detailliertesten Optionen für die wirtschaftliche Entwicklung ist in den letzten Jahren im Auftrag des Gewerkschaftskongresses von Simbabwe (ZCTU) ausgearbeitet und in dem umfassenden Dokument „Beyond the Enclave“ vorgelegt worden.¹¹ Nachdem es in eine verkürzte und vereinfachte Version gebracht wurde, wird es in einer landesweiten Kampagne von Mitgliedsgewerkschaften, NGOs und Kirchen bis hin zu den Medien, zuständigen Ministerien und Parlamentsausschüssen verbreitet. Es gibt auch radikalere Vorstellungen, zum Beispiel jene der ZANU-PF, aber wie bereits dargelegt, muss man fragen, wie aufrichtig ihre Rhetorik ist. Es gibt auch „echte“ Radikale wie den internationalen Sozialisten und ehemaligen Abgeordneten der MDC Munyaradzi Gwisai, der sehr deutlich sagt, was er will: politische Demokratie, Nationalisierung und internationalen Sozialismus. Er sieht allerdings keine Möglichkeit, diese Ziele mit der ZANU-PF oder der MDC zu erreichen.¹²

Die ZANU-PF hat eindeutig wiederum die Oberhand, um nicht zu sagen, die absolute Kontrolle gewonnen. Einzelpersonen, politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, soziale Bewegungen und andere Organisationen der Zivilgesellschaft werden tief in sich gehen, ihre Mängel analysieren, anerkennen und aus ihnen lernen müssen. Ein erster Schritt könnte sein, dass kleine Gruppen wirklich engagierter Gleichgesinnter zu offenen Gesprächen zusammenkommen, um durch eine gründliche Analyse der Entwicklung der letzten Jahre und ihrer jeweiligen Rolle einen Weg nach vorn zu finden. Sie müssen nicht unbedingt einer Partei oder Gruppierung angehören. Sie können über die Grenzen der verschiedenen politischen Parteien hinweg oder aus der Gesellschaft heraus zusammenarbeiten. Der nächste Schritt könnte sein, dass sie miteinander Kontakt aufnehmen, sich über Grundsätze einigen und bei der Suche nach einem gemeinsamen Ziel ihre Kräfte vereinen. Sie haben jedoch noch einen langen Weg vor sich.

(Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger)

¹ Bei Wikipedia findet sich eine Tabelle mit den Inflationsraten Simbabwes von 1980 bis November 2008:

http://en.wikipedia.org/wiki/Hyperinflation_in_Zimbabwe

² Zum 31. Oktober 2009 betrug Simbabwes Gesamtverschuldung einschließlich Altschulden laut Finanzminister Tendai Biti im *Zimbabwe Independent* vom .3 Dezember 2009 5,4 Milliarden US-Dollar. Schätzungen von Simbabwes BIP zu dieser Zeit sind sehr umstritten. Sie reichen von 2 bis 10 Milliarden US-Dollar. Daher sind auch Schätzungen des Wachstums des BIP sehr unzuverlässig. Es scheint über die Jahre zwischen 4 und 10 Prozent gelegen zu haben – allerdings von einem äußerst niedrigen Ausgangswert.

³ Zimstat, *Women and man in Zimbabwe 2012 Report*.

⁴ Genaue Zahlen sind schwer zu bekommen. Durch Kombination mehrere Quellen kann folgendes geschätzt werden: Die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung Simbabwes betrug 2010 etwa 6,6 Millionen (Weltbank 2012). Von ihnen haben zwischen 600 000 und einer Million ein reguläres Arbeitsverhältnis. Während etwa 3,3 Millionen regulär und irregulär in der Landwirtschaft beschäftigt sind (LO/FTF Council, Labor Market Profile 2012), müssen 2,5 bis 3 Millionen Menschen eine Beschäftigung im inoffiziellen Sektor

außerhalb der Landwirtschaft suchen. Die Mitgliedschaft in Simbabwe Gewerkschaften liegt bei etwa 165 000 (LO/FTF Counsel, Labor Market Profile 2012), die Mitgliedschaft in der Zimbabwe Chamber of Informal Economy Association (ZCIEA) bei etwa 440 000.

⁵ Die Lieferungen an das GMB sanken von 249 792 Tonnen Mais in den Jahren 2010/11 auf 212 622 Tonnen 2011/12 und 81 190 Tonnen 2012/13.

⁶ Kaum eine Woche vor den Wahlen von 2013 wies Minister Chombo die Lokalbehörden an, alle ausstehenden Schulden per 30. Juni 2013 zu streichen. Viele sahen das als einen Versuch der ZANU-PF an, Stimmen der Stadtbewohner zu kaufen.

⁷ Das Gesetz über den Zugang zu Informationen und den Schutz der Privatsphäre (AIPPA) von 2002, wonach alle Medien und Journalisten sich bei dem von der ZANU-PF kontrollierten Informationsministerium registrieren lassen müssen, wurde nie aufgehoben. Ebenso wenig das Gesetz über öffentliche Ordnung und Sicherheit (POSA) aus dem Jahre 2002, das für öffentliche Versammlungen enge Grenzen setzt. Wenn über zwei Personen zusammenkommen, gilt das als öffentliche Versammlung, die vom Staat genehmigt werden muss.

⁸ Dies erklärte Edward Mubvumba vom Nationalen Rat für Beschäftigung im Bergbau in einem Interview mit *IRIN News* am 11.4.2013.

⁹ Siehe *Bulawayo 24*, 11.7.2013, <http://bulawayo24.com/index-id-news-sc-national-byo-32924.html>

¹⁰ Im *Programm einer umfassenden, transparenten und gleichen Agrar- und Bodenreform für Simbabwe*, dem Standpunkt der MDC vom Februar 2006, heißt es: „Wie bereits erklärt, setzt sich die MDC keinesfalls für die Rückkehr zu den Eigentumsverhältnissen bei Grund und Boden vor dem Jahr 2000 ein. Sie wird aber auch die Ungleichheiten und irrigen Landverteilungsmaßnahmen der Reform im Schnellverfahren der ZANU-PF nicht stillschweigend hinnehmen.“ „Die MDC beabsichtigt, die Bodenkrise in Simbabwe durch ein inklusives, partizipatorisches professionelles Verfahren zu beenden. Dieses neue Verfahren ist auf eine gleiche, transparente, gerechte und effiziente Landverteilung gerichtet. Zugleich wird es die grundlegenden strukturellen Probleme in der Landwirtschaft anpacken, die aus der allgemeinen und Wirtschaftspolitik der Kolonialzeit und der ZANU-PF herrühren.“

¹¹ Siehe www.ledriz.co.zw

¹² Munyaradzi Gwisai am 7.8.2013 in „Erdrutschsieg für Mugabe: Dorfarmut stimmt gegen neoliberale Sparpolitik“: „Der (einzige) Weg vorwärts für die arbeitenden Menschen besteht darin, sich von der MDC loszusagen und das Fundament für eine neue Arbeiterbewegung zu legen, die den Kampf gegen das Regime fortsetzt. Eine Bewegung, die sich nicht erneut auf die bankrotte rechte Ideologie der MDC einlässt, sondern links von der ZANU-PF eine antikapitalistische, demokratische und internationalistische Position einnimmt. Eine solche Bewegung muss langsam und systematisch aus den Kämpfen der Armen entstehen, sich in den neuen radikalen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verankern. Sie kann nicht aus Sitzungssälen heraus aufgebaut und befohlen werden. Diese Bewegung wird nicht nur für politische Demokratie kämpfen, sondern auch für die vollständige Enteignung von Bergwerken, Banken, Großunternehmen und Großfarmen, die sich jetzt in den Händen neuer schwarzer Ausbeuter befinden. Sie wird sie der demokratischen Kontrolle der Arbeiter in Stadt und Land zum Nutzen aller unterstellen – als ein Teil des regionalen und internationalen Kampfes, um den Kapitalismus zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen.“

Siehe <http://www.newzimbabwe.com/opinion-11969-Elections+rural+poor+vote+against+austerity/opinion.aspx>